

uniterre

MIGROS



MAI 2022

№ 2 67. JAHR

JAB 2518 NOOS

WWW.UNITERRE.CH

FRÜHLING!

Edito von Christine Gerber und Yves Batardon

MASSENTIERHALTUNG

Welche Visionen für unsere Zukunft?

MIGROS

Nachhaltigkeit zum Nulltarif

VERBOTENE
GESCHÄFTSPRAKTIKEN

Beispiele aus der spanischen Gesetzgebung

DIE UNABHÄNGIGE BÄUERLICHE ZEITUNG



FRÜHLING!

EDITORIAL

CHRISTINE GERBER, BÄUERIN JURA,
YVES BATARDON, WEINBAUER GE,
KLIMAKOMMISSION

Die Erde wird wärmer. Dennoch fällt es uns schwer, uns zu freuen. Ende Februar hat die Migros die faire Faireswiss- und GRTA-Milch aus ihren Regalen genommen und versucht, jeden Wunsch der Produzent*innen bei der Preisgestaltung mitzuwirken, abzuwürgen. Alle Bäuerinnen und Bauern sollten über diesen Affront bestürzt sein. Es ist an der Zeit, die Kontrolle über den Wert unserer Produktion zurückzugewinnen. Die Initiative gegen Massentierhaltung, über die in diesem Jahr abgestimmt wird, stellt uns in Frage. Wie können wir nicht hin- und hergerissen sein, zwischen unseren Ängsten vor noch grösseren Zwängen und dem Wunsch, den Erwartungen der Gesellschaft gerecht zu werden? Der freie Markt versucht, sich durch zahlreiche Labels von diesen Übeln zu befreien. Bio Suisse kennzeichnet tausende von Produkten aus anderen Ländern. Allerdings ist dieses System angesichts der jüngsten Enthüllungen über Palmöl, das zwar mit einem Siegel versehen, aber unter skandalösen sozialen Bedingungen hergestellt wurde, nicht zuverlässig. Und wie soll man sich angesichts der durch den Krieg in der Ukraine ausgelösten Energiekrise positionieren? Die globalisierte, intensive und inputintensive Landwirtschaft kann den Erfordernissen der Ernährung und des Klimas nicht gerecht werden. Dennoch wird bisher nichts Ernsthaftes unternommen. Zudem befürwortet ein Teil der politischen Kräfte die Rückkehr zu einem Plan Wahlen und fordert die Intensivierung der Produktion sowie die Aufgabe von extensiven Flächen und ökologischen Ausgleichsflächen (die Rekultivierung dieser Flächen würde nur 0,4 % mehr Produktion ermöglichen). Der Bund täte besser daran, die aufschlussreiche Arbeit von spezialisierten Ernährungswissenschaftlern zu berücksichtigen: Vier Achsen müssen unbedingt verfolgt werden, um die Ernährungssicherheit langfristig zu gewährleisten. Erstens, die Verringerung des Konsums von tierischen Produkten in den reichen Ländern. Zweitens, die Erhöhung des Anteils von Hülsenfrüchten für die menschliche Ernährung in der Fruchtfolge. Drittens, die Fortsetzung der von der Agrarindustrie-Lobby stark bedrohten EU-Strategie Farm2Fork, die unter anderem die Verringerung der Abhängigkeit von synthetischen Düngemitteln beinhaltet und schliesslich die Reduzierung der Lebensmittelverschwendung. Was wir erleben, muss uns dazu veranlassen, unsere Verbindung zur Tradition wiederzufinden, indem wir uns diversifizieren, um ein Höchstmass an Autonomie und die Verbindung zur Bevölkerung zu gewinnen. All dies kann Uniterre nur ermutigen, eine widerstandsfähige bäuerliche Landwirtschaft zu fördern, in der die Natur, der Wert der Arbeit, die Nähe und die gegenseitige Unterstützung unserem Handeln einen Sinn verleihen, und dies bei gleichzeitiger Achtung unserer Unterschiede. 1976, während der Ölkrise, führte die Schweiz autofreie Sonntage ein. Wieviel Komfort sind wir heute bereit aufzugeben? Welche radikalen und kollektiven Massnahmen sind wir angesichts der Dringlichkeit des Klimaschutzes bereit umzusetzen? Wir müssen die Geschichte unserer Gesellschaft und unseres Lebens ändern, in Verbundenheit, mit Kooperation und gegenseitiger Hilfe. Voller Zuversicht teilen wir mit euch diesen Gedanken des Zoologen und Botaniker Théodore Monod: „Wenn der Mensch nicht die Weisheit besitzt, das Leben zu respektieren, läuft die Welt dann nicht Gefahr, ohne ihn weiterzumachen?“ •

RETROSPEKTIVE

Demonstration vom 3. März, Migros Beaugard in Freiburg (s.h. auch Text Seite 4)

Anerkennung und Schutz der Viehzucht, die für eine bäuerliche Landwirtschaft, für verarbeitende Berufe und für die Erhaltung unserer Landschaften unerlässlich sind.

INITIATIVE MASSENTIERHALTUNG - WELCHE VISIONEN FÜR DIE LANDWIRTSCHAFT?

RUDI BERLI
GEMÜSEBAUER UND SEKRETÄR UNITERRE

Die Gewalt eines extremen Modells der Massentierhaltung und die zunehmende Entfremdung zwischen der Welt der Tierhaltung und den Verbraucher*innen führen zu gegenseitigem Unverständnis. Das Bewusstsein für das Thema des Tierschutzes ist positiv, aber es sollte nicht diskutiert werden, indem man alle anderen Fragen beiseite schiebt: die Frage nach dem Einkommen der Bäuerinnen und Bauern, nach dem Platz der ländlichen Gebiete in unseren Regionen, nach der Gesellschaft, die wir uns wünschen, nach der Beziehung zwischen der Tierwelt und der Welt des Menschen, unsere Beziehung zum Lebendigen, nach unserer Beziehung zur Natur und zur Wildnis. Uniterre denkt über eine bäuerliche Vision der Viehzucht nach, die uns vereinen kann. Die Viehzucht ist für die Gesellschaft unverzichtbar!

DIE VIEHZUCHT IST FÜR DIE ÖKOSYSTEME DER BÄUERLICHEN LANDWIRTSCHAFT UNERLÄSSLICH. Sie schützt das agronomische Gleichgewicht der Böden durch die Ausscheidungen und ermöglicht eine Aufwertung der Wiesen indem sie den unverzichtbaren Dünger liefert und ist daher untrennbar mit der pflanzlichen Produktion verbunden, die für eine hochwertige menschliche Ernährung bestimmt ist. Es ermöglicht die Pflege ganzer Landstriche, in denen eine Kultivierung nicht in Betracht kommt, wie Feuchtgebiete, Trockengebiete, Steilhänge... Durch die Verarbeitung von Gras zu Fleisch und Milchprodukten trägt die Viehzucht dazu bei, die Bevölkerung mit ausreichender, gesunder und schmackhafter Nahrung zu versorgen. Der Beruf des Viehzüchters, der auf einer engen Beziehung zwischen Mensch und Tier beruht, muss aufgewertet werden. Bäuerliche Viehzüchter und -züchterinnen sind ein integraler Bestandteil der Natur und der Ökosysteme, und die Tiere nehmen eine zentrale Rolle in unseren bäuerlichen und ländlichen Gebieten ein. Dieses Zusammenleben trägt zur Vielfalt bei. Diese Anerkennung erfordert sicherlich eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit, um zu verstehen, dass die Tierhaltung für das Gleichgewicht der Landwirtschaft und der Gesellschaft im Allgemeinen eine entscheidende Rolle spielt.

DIE DEBATTE IST OFFEN UND NOTWENDIG! Uniterre vertritt die Idee, dass es unmöglich ist, nachhaltig zu produzieren, wenn der Preis die Produktionskosten nicht zu decken vermag! Das gilt ganz offensichtlich für die Viehzucht und vor allem für die Hühner- und Schweinezucht. Die industrielle Produktion hat uns glauben lassen, dass es möglich ist, dieses Fleisch zu extrem niedrigen Preisen zu essen. Das ist eine Illusion! Die gewinnbringende Option besteht darin, weniger zu essen, aber dafür besser zu essen. Diese Wahl beantwortet auch die Klima- und Gesundheitsfragen, die mit einem übermässigen Fleischkonsum verbunden sind.

DIE LÖSUNGSANSÄTZE Auf wirtschaftlicher Ebene fordern wir den Ausschluss der landwirtschaftlichen Komponenten aus den derzeitigen Freihandelsabkommen sowie den Verzicht auf neue Freihandelsabkommen (Mercosur, Kanada usw.). Dies ist ein wesentlicher Schritt, um wieder kostendeckende Preise für die Landwirtschaft und die Viehzucht erzielen zu

können. Es ist auch ein unerlässlicher Schritt, um die Futter- und Proteinautonomie zu fördern und die Nutzung von Gras durch eine Zollbesteuerung zu begünstigen. In den grossen Handelsketten muss die Produktion mit Verträgen geregelt werden, in denen Menge, Qualität, Preis, Lieferzeitplan und Anzahlungen festgelegt werden. Die Entwicklung von lokalen Schlachthöfen und mobilen Schlachthöfen sind ebenfalls Lösungen, die von öffentlichen Institutionen gefördert werden müssen, um die bäuerliche Viehzucht zu unterstützen. Wenn die Direktzahlungen an die Zahl der Erwerbstätigen gekoppelt werden, wird es leichter gelingen, den Übergang zu einer vielfältigeren und bäuerlicheren Landwirtschaft zu fördern. Es wäre daher auch sinnvoll, Neugründungen mit kleinen Viehbeständen durch eine angepasste Unterstützung zu fördern. •

IN DIESER AUSGABE,

veröffentlichen wir kurze Statements von Feischproduzent*innen. Sie sollen uns anregen, uns über die Funktionsweise des Fleischmarktes Gedanken zu machen. Die Zitate sind eingerahmt. In den nächsten Ausgaben kommen Bäuerinnen und Bauern aus anderen Wertschöpfungsketten zu Wort.

« DER PREIS FÜR DAS FUTTER FÜR MEINE LEGEHENNEN IST SCHON VOR MEHR ALS SECHS MONATEN IN DIE HÖHE GESCHNELLT, UND DERZEIT KANN ICH MEINE KOSTEN NICHT MEHR DECKEN. UND ERST ZUM 1. APRIL DIESES JAHRES WERDEN WIR EINE ERHÖHUNG DES EIERPREISES BEKOMMEN, ABER ICH BIN MIR NICHT EINMAL SICHER, OB SIE AUSREICHT. ES IST NICHT NORMAL, DASS ES EINE SOLCHE ZEITLICHE VERZÖGERUNG GIBT, WENN ES DARUM GEHT, DIE PREISE NACH OBEN ANZUPASSEN! »

Eierproduzent IP, Jurabogen

ZUKUNFTSWEISENDE GENERALVERSAMMLUNG

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND SEKRETÄRIN UNITERRE

Am 1. April 2022 waren die Mitglieder von Uniterre zur ordentlichen Generalversammlung eingeladen, die auf dem Hof der Familie Thévoz in Russy (FR) stattfand. Auf der (reichhaltigen) Tagesordnung standen die Bestätigung der Jahresrechnung 2021, die Genehmigung der Statutenrevision und die Stellungnahme zur Initiative gegen Massentierhaltung.

RUND 20 MITGLIEDER TRAFEN SICH auf dem biologischen Agroforstbetrieb mit Obstproduktion, Anbau von alten Getreidesorten, etwas Gemüseanbau und einer Baumschule. Die statutarische Versammlung wurde von Maurus Gerber, unserem am 26. November neu gewählten Präsidenten, geleitet und bot den Mitgliedern die Möglichkeit, den Tätigkeitsbericht 2021 zur Kenntnis zu nehmen. Wie es die Regel vorschreibt, wurde auch die Jahresrechnung geprüft. In der Zeitung vom März 2022 vorgestellt, sei hier daran erinnert, dass die Rechnung 2021 mit einem Gewinn von etwas mehr als 6'000 Franken abgeschlossen wurde. Das Budget 2022 wurde mit zwei Varianten präsentiert, von denen eine optimistischer war als die andere. In beiden Fällen wird Uniterre auf jeden Fall Fundraising betreiben müssen, um ihre verschiedenen Projekte zu finanzieren.

ANSCHLIESSEND WURDEN DIE NEUEN STATUTEN DISKUTIERT, die eine eigens dafür gebildeten Kommission ausgearbeitet und vom Vorstand an seiner Sitzung am 24. März genehmigt wurde. Den Mitgliedern sind diese über unsere Website zugänglich und waren auf Anfrage auch per Post erhältlich. Die bei der GV anwesenden Mitglieder genehmigten diese einstimmig. Mit diesem wichtigen Schritt wurden der Wahlmodus und die Zusammensetzung des Vorstands bestätigt, der nun für drei Jahre in folgender Zusammensetzung im Amt ist: Christine Gerber, Christian Hutter, Florian Buchwalder, Laurent Vonwiler, Yves Batardon, Philippe Reichenbach und Maurus Gerber. Zwei Plätze sind vakant, Kandidaturen sind willkommen, insbesondere von Frauen.

STELLUNGNAHME ZUR INITIATIVE GEGEN MASSENTIERHALTUNG Der Vorstand hatte sich dafür entschieden, als Parole „Ja, aber nicht auf dem Rücken der Bauern!“ vorzuschlagen. Die Diskussion war lebhaft und es wurden viele verschiedene Meinungen geäußert. Ähnlich wie die grossen Spaltungen, die die Bauernwelt bei den Anti-Pestizid-Initiativen erschütterten, lässt auch die Massentierhaltung niemanden gleichgültig. Angesichts der Unmöglichkeit, alles auf einen Nenner zu bringen, entschied sich die Versammlung schliesslich dafür, die Stimmfreigabe vorzuschlagen. Die Kommunikation wird jedoch auf die Notwendigkeit ausgerichtet sein, das derzeitige Modell der Agrar- und Ernährungswirtschaft zu verändern, und auf die zahlreichen Bedingungen zu verweisen, die erfüllt werden müssen, um Bauern und Bäuerinnen auf ihren Betrieben zu unterstützen. Lesen Sie zu diesem Thema unser Dossier auf den Seiten 4 und 5.

Der Tag endete mit einem Essen und einer Hofführung. Uniterre dankt der Familie Thévoz an dieser Stelle herzlich für die Bereitstellung ihrer Räumlichkeiten. •

PRESSEMITTEILUNG

<https://uniterre.ch/de/themen>

Ökologie und ungezügelter Produktivismus werden aktuell gegeneinander ausgespielt. Schweizer Getreide von allen Seiten unter Druck.

SCHWEIZER GETREIDE - FAIRE PREISE FÜR EINE NACHHALTIGE PRODUKTION!

RUDI BERLI
GEMÜSEBAUER UND SEKRETÄR UNITERRE

Schon vor dem Krieg in der Ukraine hat die schlechte Ernte- und Vorratslage aufgrund der Auswirkungen des Klimawandels sowie der steigenden Transportkosten und -gebühren, die Preise für Agrarrohstoffe weltweit um etwa 40 % in die Höhe getrieben. Da zwei grosse Lieferanten von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen ihre Lieferungen unterbrochen haben, sind die Versorgung und die Ernährungssicherheit gefährdet. Eine solche Situation wird von Spekulanten auf Agrarrohstoffe angeheizt, die davon profitieren.

Während die Mühlen- und Bäckereibranche die gestiegenen Kosten (Energie, Verpackung, Transport, Handelskosten) mit Preiserhöhungen zwischen 10 und 15% weitergibt, setzen sowohl der Bund als auch die Grossverteiler die Produzent*innenpreise unter Druck und erhöhen gleichzeitig die ökologischen Anforderungen. Der Anstieg der Produktionskosten und der Preise werden ausschliesslich von den Produzentinnen und Produzenten getragen. Dabei sind sie mit denselben Kostensteigerungen konfrontiert, wie die anderen Akteure in der Lebensmittelkette, die die Kostensteigerungen direkt an die Konsument*innen weitergeben! Eine solche Situation ist inakzeptabel.

DIE KÄUFER HABEN 95'000T WEIZEN unter dem Vorwand einer ungenügenden Qualität deklassiert, was die Produzent*innen stark benachteiligt. Dies, obwohl die Ernte 2021 mit einer Gesamtmenge von rund 400'000t bereits sehr klein war. Gleichzeitig hat der Bund die Zölle gesenkt, um die Importe noch attraktiver zu machen, während diese Importe bereits den bei weitem ungenügenden inländischen Produzentenpreis von 50 Fr/dt für Schweizer Weizen bestimmen. Das Importkontingent wird zudem um 30'000t auf 100'000t vor der nächsten Ernte erhöht. Diese Situation ist umso ungerechter

und gefährlicher, weil eine riesige Menge von 120'000t (so genannter) Bäckerspezialitäten ausserhalb der Kontingente importiert wird. Der errungene Sieg über die Ursprungserklärung der Marke „Schweizer Brot“ ist in diesem Zusammenhang ein unzureichender Trost.

Dieser Preisdruck ist ökologisch unsinnig und führt zu einer Politik, die die Ernährungssicherheit gefährdet.

EINE SOFORTIGE ERHÖHUNG DER PRODUZENTENPREISE UM 15%, die den Richtpreis auf Fr. 60.-/dt bringt, und eine vollständige Auszahlung dieses Preises an die Produzentinnen und Produzenten ist unerlässlich. Die Käufer müssen verstehen, dass eine nachhaltige Landwirtschaft ihren Preis hat und dass sie sich nicht halten und weiterentwickeln kann, wenn keine fairen Einkommen möglich sind.

WIR FORDERN VOM BUND EINE SOFORTIGE KORREKTUR der beschlossenen Zollsenkungen (von Fr 4.40/dt), um Billigimporte zu verhindern, die den Druck allein auf die Produzenten erhöhen. Erinnern wir uns auch daran, dass eine Erhöhung des Produzentenpreises um Fr. 8.- /dt für die Konsument*innen eine Erhöhung von 5 Rp. für das Pfund Halbweissbrot zur Folge haben würde. Diese Forderungen stellen das Ziel eines kostendeckenden Preises von Fr. 100./dt für Brotweizen nicht in Frage. In einem Markt, der nur für die Käufer funktioniert, ist es nicht kohärent, im Namen der Ernährungssicherheit Massnahmen zugunsten der Ökologie einem ungezügelter Produktivismus gegenüberzustellen. Es ist der Druck der Produzenten und der Politik, der diesen Markt flankieren muss, um eine nachhaltige, soziale, ökologische und faire bäuerliche Landwirtschaft zu entwickeln, die als einzige die Ernährungssicherheit und -souveränität dauerhaft gewährleisten kann. •

« IN DEN LETZTEN SECHS MONATEN HABEN MIR MEINE SCHWEINE NICHTS EINGEBRACHT. DER KAUFPREIS FÜR EIN FERKEL IST HOCH, WÄHREND DER PREIS FÜR DEN VERKAUF AN DIE SUPERMÄRKTE DERSELBE IST WIE VOR 50 JAHREN. OHNE MEIN EXTERNES EINKOMMEN LÄUFT MEIN HOF AUF NULL, OBWOHL ICH 300 PLÄTZE FÜR SCHWEINE HABE! »

Schweineproduzent, Berner Jura

MIGROS: NACHHALTIGKEIT ZUM NULLTARIF - AUF DEM BUCKEL DER BÄUERINNEN UND BAUERN

BERTHE DARRAS
SEKRETÄRIN UNITERRE

Ende Februar hat die Migros die faire Milch „Faireswiss“ und die faire und regionale Milch GRTA (Genève Région Terre Avenir) aus ihren Regalen gekippt. Grund: Seit dem 1. Juli 2021 stellt sie ihr gesamtes Sortiment auf IP Suisse Wiesenmilch um. Darauf folgte die vollständige Implementierung am 1. Januar 2022, mit Ausnahme der Bio- und Demeter-Milch.

AM DONNERSTAG, DEN 3. MÄRZ DEMONSTRIERTEN WIR unweit der Migros Beaugard in Freiburg. Denn wir haben uns die Einführung der IP-Suisse-Milch genauer angeschaut: der Grossteil der versprochenen zusätzlichen Prämie von 4 Rappen wurde zwischen dem 1. Juli und dem 31. Dezember 2021 nicht ausgezahlt. Auch wenn es heute so aussieht, als sei dieser „Beschiss“ geklärt, Fakt ist, dass die zusätzlichen 5 Rappen für die IP Suisse Wiesenmilch an die Produzent*innen, die Produktionskosten bei weitem nicht decken, auch da die Anforderungen an die Produktion durch das Label gestiegen sind.

DIE MIGROS WENDET EINE EINSEITIGE VISION VON NACHHALTIGKEIT an, die allein ihren Interessen dient. Nicht im Geringsten kümmert sie sich um das verursachte Sozialdumping. Der ökologische Mehrwert einer IP-Suisse-Wiesenmilch kann nicht nachhaltig sein, wenn er die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Milchbäuerinnen und Milchbauern missachtet.

WIR MÜSSEN UNS IN RICHTUNG EINER NACHHALTIGEREN LANDWIRTSCHAFT BEWEGEN, die die Umwelt und die Biodiversität besser respektiert, aber wie immer wird der Respekt vor der Arbeit der Bauern und Bäuerinnen mit Füßen getreten. Nachhaltigkeit bedeutet auch und vor allem wirtschaftliche Nachhaltigkeit. Jede zusätzliche Auflage, die den Bäuerinnen und Bauern abverlangt wird und die sich auf die Produktionskosten auswirkt, muss berücksichtigt und die gezahlten Preise entsprechend angepasst werden. Wir haben genug von diesem wirtschaftlichen und sozialen Dumping im Namen einer vordergründigen Ökologie, die die einheimische Produktion ruiniert. Die Produzentinnen und Produzenten haben ein Recht auf existenzsichernde Preise! •



PRESSEMITTEILUNG

<https://uniterre.ch/de/themen>

Die aktuellen Krisen sind eine Chance für einen Wandel hin zu einem anderen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem. Die Umsetzung ist dringend.

PREISANSTIEG FÜR VORLEISTUNGEN: EINORDNUNG UND AUSBLICK

VANESSA RENFER
BÄUERIN UND SEKRETÄRIN UNITERRE

Eine Reihe von schwierigen Jahren hat die gesamte Bevölkerung und alle Wirtschaftssektoren hart getroffen. Die Aufhebung der Covid-Massnahmen schien einen Lichtblick zu bieten, doch dabei wurde nicht mit den jüngsten geopolitischen Ereignissen in Osteuropa gerechnet, auf die wir keinen Einfluss haben. Hinzu kommen die Folgen eines wettertechnisch äusserst komplizierten Jahres 2021. Reflexionen.

DIESE KRIEGSSITUATION VERSCHÄRFT DIE SCHWIERIGKEITEN, mit denen die Bäuerinnen und Bauern bereits seit mehr als acht Monaten zu kämpfen haben, nämlich den starken und anhaltenden Anstieg der Preise für viele Betriebsmittel und Produktionsmittel.

DIESE STEIGERUNGEN WURDEN IN VIELEN MEDIEN THEMATISIERT, aber für Uniterre ist es wichtig, die aktuelle Situation in einen grösseren Zusammenhang zu stellen.

- Deckung der gesamten Produktionskosten (auch für die Bildung von Reserven).

Wenn wir bei Uniterre die Deckung der Produktionskosten in der Preiskalkulation fordern, sprechen wir von Vollkosten: Lebensmittel, Treibstoff, Maschinen, Arbeitskräfte, soziale Absicherung, Instandhaltung und Abschreibung von Gebäuden, Investitionen und der Bildung von Reserven. Wenn ein Bauernhof längerfristig mit zu niedrigen Preisen wirtschaften muss, wird es schwierig Änderungen anzugehen, wenn Probleme auftauchen. Der kleinste Anstieg ist wie ein Sandkorn im Getriebe, das das Gleichgewicht eines Hofes schnell gefährden kann. Die Kosten müssen daher vollständig gedeckt sein, aber auch an die sich ändernde Situation angepasst werden. Auf dieser Ebene kann der Markt schneller reagieren, als das System der Direktzahlungen. Dazu bedarf es jedoch eines fairen Marktes mit einer starken Beteiligung der Bauern und Bäuerinnen an den Verhandlungen.

- Autonomie unserer Bauernhöfe

Je autonomer ein Bauernhof in seiner Arbeitsweise ist, desto leichter kann er sich aus einer Krise befreien. Die starke

Abhängigkeit von agroindustriellen Produkten, komplexen Maschinen, die schwer zu reparieren sind, patentiertem Saatgut und importierten Futtermittel macht Bauernhöfe verwundbar. Diese Autonomie sollte nicht auf der Ebene des Bauernhofs selbst, sondern auf regionaler Ebene konzipiert werden. Die Kreislaufwirtschaft ist kein vager theoretischer Begriff, sondern ein wichtiger Trumpf für eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft. Angesichts der Krise haben wir die Pflicht, nicht nur einfach zu reagieren, sondern auch die Gründe für unsere Misere zu verstehen und eine langfristige Lösung zu finden. Es ist illusorisch, auf bessere Ergebnisse zu hoffen, wenn man auf einem Weg beharrt, der Jahr für Jahr zur Schwächung des Betriebs führt.

- Décroissance (Verringerung des Wachstums)

Es ist nicht möglich, die heutige Welt zu beobachten, ohne unsere Konsummuster in Frage zu stellen. Auf bäuerlicher Ebene müssen wir weiterhin die gegenseitige Hilfe, die Unterstützung und die Zusammenarbeit pflegen. Das Zusammenlegen von Kräften, Maschinen, Werkzeugen und Wissen führt zu einem sparsameren Umgang mit unseren Ressourcen. Dies wird auch dazu beitragen, die Auswirkungen globaler Krisen auf den bäuerlichen Mikrokosmos zu verringern.

- Wir sind aufgefordert etwas für den Klimaschutz zu tun. Grosse klimatische Turbulenzen werden in Zukunft noch häufiger und intensiver auftreten werden. Massnahmen, die jetzt ergriffen werden, werden wahrscheinlich nur geringe Auswirkungen auf die heutige Generation haben, wenn wir jedoch von nachhaltiger Entwicklung sprechen, müssen wir an die zukünftigen Generationen denken.

DIE AKTUELLEN KRISEN SIND EINE CHANCE für einen Wandel hin zu einem anderen Landwirtschafts- und Lebensmittelsystem, das dringend umgesetzt werden muss. Und dieses System heisst Ernährungssouveränität! Wir Bauern und Bäuerinnen wollen für die Menschen und nicht für die Industrie produzieren. •

« WIR HABEN UNSERE UMSTELLUNG ABGESCHLOSSEN UND SIND SEIT DEM 1. JANUAR DIESES JAHRES ALS BIO ANERKANNT. NUN HABEN WIR UNSERE ERSTE ABRECHNUNG VON UNSEREM ABNEHMER VIANCO ERHALTEN. ICH BIN ANGEWIDERT, WIR BEKOMMEN NUR 30 CTS/KG MEHR ALS BEI DER IP-PRODUKTION. DAS SIND ETWA 90.- FR. PRO TIER. DAS IST UNANSTÄNDIG IM VERGLEICH ZU DEN PREISUNTERSCHIEDEN, DIE WIR IM LADEN FINDEN KÖNNEN! »

Mutterkuhalterin, Jurabogen

KLIMAKRISE UND LANDWIRTSCHAFT. HANDELN WIR GEMEINSAM!

VORSTAND UNITERRE

AUFRUF AN DIE BÄUERINNEN UND BAUERN, DIE BEI IHRER ARBEIT IN DER LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT UNTER DEN KLIMATISCHEN GEFAHREN ZU LEIDEN HATTEN UND HABEN.

Wir suchen Bäuerinnen*Bauern, die in ihrer Arbeit die Auswirkungen des Klimawandels erleben, d.h.: eine deutliche Zunahme der folgenden Probleme, die mit dem durch menschliche Aktivitäten verursachten Klimawandel zusammenhängen:

- Zunehmende und regelmäßige Dürre,
- Wassermangel aufgrund des Rückgangs der kumulierten Niederschläge,
- Ausgeprägter Hagel auf den Feldern,
- Stürme, die regelmässig Schäden in Ihren Wäldern verursachen.

Wenn du von Klimaschäden betroffen bist, bist du vielleicht auch daran interessiert, etwas dagegen zu unternehmen.

WIE KÖNNEN WIR VORGEHEN?

Im Februar dieses Jahres hat ein Anwaltskollektiv dem Vorstand von Uniterre die Möglichkeiten vorgestellt, wie Bauern und Bäuerinnen, die von der Klimaerwärmung betroffen sind, vor Gericht klagen können. Die Probleme, die sich aus

dem Klimawandel ergeben, sind kein Zufall, sondern das Ergebnis der Nachlässigkeit verschiedener wirtschaftlicher und politischer Akteure, insbesondere des Bundes. Eine Klage würde es ermöglichen, solche Akteure zur Verantwortung zu ziehen.

DAS KOLLEKTIV BESTEHT AUS ÖKOLOGISCH SENSIBLEN ANWÄLTINNEN UND ANWÄLTEN, die bereit sind, kostenlos die Interessen von Bäuerinnen und Bauern aus der ganzen Schweiz zu vertreten, die gemeinsam eine Klage gegen die Verantwortlichen für die Zerstörung ihrer Kulturen und Wälder anstrengen möchten.

DER VORSTAND VON UNITERRE IST ÜBERZEUGT, dass die Versäumnisse der Wirtschaft und der Politik die Schweizer Landwirtschaft auf unbestreitbare Weise benachteiligen werden, was zu einer dauerhaften Ernährungsunsicherheit führen wird, wenn der Bund weiterhin seine Pflicht vernachlässigt. Die von dem Anwaltskollektiv vorgeschlagene Klage ist eine Möglichkeit, auf diese Versäumnisse zu reagieren.

Wenn du dir vorstellen kannst dabei mitzumachen oder einfach nur weitere Informationen wünschst, kontaktiere uns bitte unter info@uniterre.ch. •

UNSER SPENDENKONTO

Banque Raiffeisen Broye Vully Lacs
1564 Domdidier

CCP de la Raiffeisen 17-1378-2

IBAN: CH23 8080 8002 5119 3914 1

UNITERRE - av. du Grammont 9 - 1007 Lausanne

UNITERRE ist von den Steuerbehörden Waadt als gemeinnützig anerkannt. Sie können Ihre Spenden an UNITERRE von Ihren Steuern abziehen.
MERCI!

HANDELN WIR GEMEINSAM! KLIMAKRISE UND LANDWIRTSCHAFT.

FÜR BÄUERINNEN UND BAUERN IN SPANIEN, EIN RECHTLICHER RAHMEN FÜR FAIRE PREISE

MICHELLE ZUFFEREY
SEKRETÄRIN UNITERRE

Die Europäische Union hat 2019 eine Richtlinie zu unlauteren Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgung erlassen¹. Unsere europäischen Nachbarn ändern und entwickeln Gesetze, um diese Richtlinie in ihren Rechtsrahmen zu implementieren. Spanien ist in vielerlei Hinsicht Vorreiter. Es hat das Ley de la Cadena-Gesetz erlassen (dt. Gesetz der Lebensmittelkette), das die Einkaufspreise von den Produzent*innen auf der Grundlage ihrer tatsächlichen Produktionskosten festlegt. Eine komplette Umkehrung der bisherigen Praxis. Eine kleine Reise durch die spanische Gesetzgebung mit Andoni García Arriola von der bäuerlichen Organisation COAG. (siehe Kasten)

Uniterre: Was sind die positiven Aspekte der EU-Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken? Was sind ihre Schwächen?

Andoni García: Die EU-Richtlinie gegen unlautere Handelspraktiken hat den Vorteil, dass sie missbräuchliche Praktiken, die von den mächtigsten Akteuren der Lebensmittelkette (Industrie und Handel) gegenüber Bäuerinnen und Bauern und Verbraucher*innen angewandt werden, anerkennt und bestraft. Auf der negativen Seite hielt die ECVC (European Coordination of La Via Campesina) fest, dass es besser gewesen wäre, eine Verordnung auf europäischer Ebene zu erlassen, die den Binnenmarkt und die Tatsache berücksichtigt, dass viele Handelsgeschäfte eine europäische Tragweite haben. Ausserdem enthielt die Richtlinie kein Verbot des Verkaufs unter dem Selbstkostenpreis (Gestehungskosten), eine der Praktiken, welche für die von den Landwirten*innen wahrgenommenen niedrigen Preise verantwortlich ist.

Was sind die Ziele des neuen spanischen Gesetzes?

Andoni García: Das Grundprinzip besteht darin, die übliche Praxis der Preisfestsetzung umzukehren, die derzeit von oben nach unten definiert wird, was nicht logisch ist. Die Preise müssen von unten, d. h. vom Primärsektor, festgelegt werden, und zwar auf der Grundlage der tatsächlichen Produktionskosten. Die wichtigsten Punkte dieses Gesetzes sind:

- Verbot des Verkaufs unter den Selbstkosten auf allen Stufen der Kette bis hin zu den Verbraucher*innen. Das bedeutet, dass Landwirte*innen laut Gesetz einen Preis verlangen müssen, der ihre Produktionskosten deckt und entsprechend auf jedem weiteren Glied in der Kette. Im Falle des Vertriebs ist es verboten, dem/der VerbraucherIn Produkte zu einem Preis zu verkaufen, der unter ihrem Wert liegt (= unter ihrem Einkaufspreis).
- Öffentliches Register der Verträge. Alle Verkaufsgeschäfte sind Gegenstand von Verträgen, die im Falle von Verkäufen durch Landwirte*innen registriert werden müssen. Es ist anzumerken, dass die Anwendung des Gesetzes bis zu den grössten Akteuren der Branche, wie z.B. dem Ho-reca-Kanal (Lieferant von Lebensmitteln und Getränken für das Hotel- und Restaurantgewerbe) reicht.
- Darüber hinaus enthält das Gesetz über die Lebensmittelkette von 2013 die Verpflichtung, dass alle frischen Produkte innerhalb von maximal 30 Tagen und, wenn sie verarbeitet werden, innerhalb von 60 Tagen, an die Landwirt*innen bezahlt werden müssen.
- Das Gesetz verpflichtet Genossenschaften, ihre Mitglieder über die Preise zu informieren, die sie für ihre Produkte berechnen. Wenn sie dies nicht tun, kann das Gesetz angewendet werden, um sie zu zwingen, ihren Mitgliedern Preise zu zahlen, die die Produktionskosten decken.
- Aufnahme aller in der EU-Richtlinie verbotenen unlauteren Praktiken in das Gesetz und Verschärfung der Sank-

tionen. Darüber hinaus werden die Sanktionen öffentlich bekannt gemacht.

Diese Verpflichtung, die Produktionskosten durch die Preise für die Bäuerinnen und Bauern zu decken, wurde durch die Demonstrationen der Bäuerinnen und Bauern in Spanien im Jahr 2021 und im März 2022 erreicht. Dieses Instrument wird uns helfen, unsere Mobilisierungen und unseren Druck auf die Industrie und den Einzelhandel zu verstärken.

Welche Instrumente gibt es in Spanien, um die Umsetzung des Gesetzes zur Lebensmittelkette zu erleichtern?

Andoni García: Das Gesetz zur Lebensmittelkette in Spanien umfasst zwei grundlegende Instrumente. Das eine ist die Agentur für Lebensmittelinformation und -kontrolle (AICA), die Beschwerden von Bäuerinnen und Bauern und anderen Marktteilnehmer*innen entgegennimmt und die auch von Amts wegen Inspektionen durchführen kann, wenn sie Informationen über die Nichteinhaltung des Gesetzes entdeckt oder gesammelt hat. Ein weiteres Instrument ist die Preisbeobachtungsstelle, die unter anderem Studien zu Preisen und Kosten entlang der gesamten Kette durchführt. Diese Referenzen sind wichtig, da sie uns für unsere Anträge und für die Preisfestsetzung in Verträgen allgemeine Referenzen zu den Produktionskosten liefern. Für die COAG ist das Gesetz eine grosse Chance, auch wenn wir wissen, dass es durch Marktgesetze und die fehlende Ernährungssouveränität bei der Regulierung des Marktes und der Importe eingeschränkt ist.

Die AICA (Agentur für Lebensmittelinformation und -kontrolle) wurde 2014 gegründet und seitdem wurden über 4300 Inspektionen durchgeführt, die zu 326 Beschwerden und 2169 Verstössen zählten, die mit Geldstrafen geahndet wurden häufig im Zusammenhang mit Vertragsbrüchen und Zahlungsfristen.

Wie beurteilen Sie die Arbeit der IACA, was muss noch verbessert werden?

Andoni García: Unsere Bewertung der IACA ist sehr positiv. Der Druck, den sie bei ihren Inspektionen erzeugt, sowie die Möglichkeit, Beschwerden einzureichen, schaffen eine Kultur der Akzeptanz und der Durchsetzung des Gesetzes. Der Prozess ist langsam, aber wir glauben, dass er an Boden gewinnt. In der Weinbranche z. B. war es üblich, dass Winzer*innen den Verkauf ihrer Ernte über einen sehr langen Zeitraum, sogar über ein Jahr später in Rechnung stellten. Das Gesetz hat es geschafft, dies schnell zu ändern. Was wir seitens der IACA brauchen, sind mehr Inspektionen von Amts wegen.

Welche Rolle spielt die Preisbeobachtungsstelle, bestimmt es die Referenzpreise der Produzent*innen, inwieweit kann es unabhängig von den mächtigen Handelsorganisationen agieren?

Andoni García: Die Rolle der Beobachtungsstelle besteht insbesondere darin, die Wertschöpfungskette zu untersuchen und Kennziffern zu veröffentlichen. Sie kann von den stärksten Akteuren in der Kette beeinflusst werden, aber auch von uns. Sie ist eine öffentliche Einrichtung und bekäme Probleme, wenn sie die Interessen von Unternehmen auf Kosten der Interessen von Landwirten*innen fördern würde.

Verbraucherpreise: Wie reagieren die Konsument*innen? Was tut die Regierung, um sicherzustellen, dass alle Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen Lebensmitteln haben.

Andoni García: Seit vielen Jahren sehen die Konsument*innen, dass der Preis, den sie für frische Lebensmittel zahlen, bei

einigen Produkten um das Fünffache gestiegen ist. Zum Beispiel im März 2022: Der Verkaufspreis für Kartoffeln war 693% höher als der Preis, den die Produzent*innen erhielten. Der Preisaufschlag für Knoblauch betrug 758%, für Auberginen 576%, für Zwiebeln 530% und für Orangen 711%! Dieses Gesetz kann eine gerechtere und ausgewogenere Regelung für alle Glieder der Kette bis hin zu den Konsument*innen schaffen.

Wie in der Schweiz sind auch in Spanien die Produktionskosten aufgrund der steigenden Inputpreise (Vorleistungen) massiv angestiegen. Was wird es brauchen, um den Wert der Landwirtschaft wiederherzustellen, um das Problem der fairen Preise zu lösen?

Andoni García: Zu Beginn der Covid 19-Pandemie hatten wir das Gefühl, dass die spanische Gesellschaft als Ganzes die wesentliche Rolle der Bäuerinnen und Bauern in der Krise klar anerkennt. Diese Anerkennung hält an, aber die Konsument*innen haben vielleicht nicht verstanden, dass sie bei der Wahl ihrer Einkäufe und Haushaltsausgaben Verantwortung und das Prinzip der Gegenseitigkeit übernehmen müssen. Wenn die Konsument*innen bei ihren Einkäufen anspruchsvoller und besser darüber informiert wären, woher die Lebensmittel kommen und wie sie produziert wurden, wären wir Bauern und Bäuerinnen besser in der Lage, Krisen und die Zukunft zu bewältigen. Die Wahl dessen, was wir konsumieren, könnte, wenn sie im Hinblick auf gesündere, hochwertigere, näher liegende und nachhaltigere Lebensmittel getroffen würde, an sich schon ein sehr wichtiger Akt der sozialen Transformation sein und wäre die grösste Garantie für die Zukunft der Bauern und Bäuerinnen. •

DIE COORDINADORA DE ORGANIZACIONES DE AGRICULTORES Y GANADEROS (COAG)

ist eine landwirtschaftliche Berufsorganisation in Spanien und wurde 1977 gegründet. Sie vertritt die Interessen des sozialen und beruflichen Modells der Landwirtschaft, das in Spanien die Mehrheit bildet. Es handelt sich um eine pluralistische und unabhängige Organisation. Mit 220 Büros im ganzen Land und einer ständigen Delegation in Brüssel, steht sie im Dienste von mehr als 150.000 Bäuerinnen und Bauern und Viehzüchter*innen. Sie wird vom Ministerium für Landwirtschaft, Fischerei und Ernährung als die repräsentativste landwirtschaftliche Organisation anerkannt und ist als solche Mitglied des beratenden Ausschusses für Landwirtschaft, dem offiziellen Organ für den Dialog mit der Regierung. Ausserdem ist sie Mitglied der Europäischen Koordination von La Via Campesina (ECVC).

MEHR INFORMATIONEN:

¹ Mehr Fairness im Lebensmittelhandel, Mathias Stalder, Uniterre Journal, März 2022.

KURZE WEGE: IDEEN UMSETZEN FÜR EINE BÄUERLICHE LANDWIRTSCHAFT

RUDI BERLI
GEMÜSEBAUER UND SEKRETÄR UNITERRE

Um einer klaren Strömung in der Gesellschaft gerecht zu werden, sind selbst die grossen Einzelhandelsketten gezwungen, sich in den Stadtvierteln neu zu positionieren und die Förderung kurzer Wege zu propagieren. Leider ist dies eher ein vordergründiges Werbeargument als ein echtes Engagement, wie der jüngsten Rausschmiss der Fair gehandelten Milch und der GRTA-Milch aus den Migros-Regalen zeigt. (siehe auch S.4) Obwohl sich die öffentlichen Einrichtungen Ziele zugunsten der lokalen Landwirtschaft gesetzt haben, sind die Fortschritte vor Ort eher schleppend. Die öffentliche Gastronomie, die beispielsweise in Genf 12 Millionen Mahlzeiten pro Jahr serviert, ist ein wichtiger Hebel, um die Entwicklung der Ernährungspolitik zu lenken und eine nachhaltige, bäuerliche und diversifizierte Landwirtschaft zu unterstützen und um das lokale sozioökonomische Gefüge zu entwickeln. Die bäuerliche Landwirtschaft beruht auf Autonomie, Verteilung, Qualität und lokaler Entwicklung.

POLITISCHE ENTSCHEIDUNGEN ZUGUNSTEN DER BÄUERLICHEN LANDWIRTSCHAFT. In der Tat scheint es für die Institutionen und die Akteure dieses Sektors noch schwierig zu sein, von der Logik des Produkts abzurücken und in eine Logik der Partnerschaft mit den lokalen Erzeuger*innen einzutreten. Dies ist jedoch unerlässlich, vor allem wenn man nicht nur die grossen Plattformen bedienen, sondern auch möglichst viele Bauernhöfe einbeziehen will. Der Übergang zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem erfordert mehr Bauernhöfe, mehr Bäuerinnen, Bauern und mehr Menschen, die im Lebensmittelhandel und in der Lebensmittelverarbeitung tätig sind.

DIE PARTNERSCHAFT ZWISCHEN BAUERNHÖFEN UND STADTBEWOHNER*INNEN muss langfristig angelegt sein. Es muss möglich sein, gemeinsam mit den Köch*innen und Konsument*innen eine geplante Produktion in Gang zu setzen. Die ausgehandelten Verträge sollten sich auf Qualität, Menge, Lieferzeit, Preis und Anzahlungen beziehen. Nur so kann die Lebensmittelverschwendung wirksam reduziert und die Entwicklung fairer Preise für Produzent*innen und Konsument*innen ermöglicht werden. Darüber hinaus sollten handwerkliche, genossenschaftliche und partizipative Vertriebs- und Verarbeitungsstrukturen, die einer Vereinbarung zugunsten einer bäuerlichen Landwirtschaft entsprechen, als gemeinnützig anerkannt werden und eine direkte oder

indirekte öffentliche Finanzierung erhalten können. Diese vertraglich vereinbarte öffentliche Finanzierung sollte auch die Allgemeinheit als Ganzes betreffen, um die Nachfrage zu lenken, um die Ernährung zu verbessern und eine lokale und nachhaltige Lebensmittelversorgung zu unterstützen.

NEBEN ÖFFENTLICHEN INSTITUTIONEN und Genossenschaften sollten auch Pensionskassen eine wichtige Rolle spielen, um den Zugang zu Land und Produktionsmitteln zu finanzieren, um viele neue Bauernhöfe einzurichten. Dies ist eine sichere, nachhaltige und sozial nützliche Geldanlage, die über gemeinnützige Stiftungen laufen muss, die sich für das Ziel der Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft engagieren. Die regionalen Entwicklungspläne sollten übrigens auf diese Perspektive ausgerichtet werden.

EINKAUFSGEMEINSCHAFTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER BÄUERLICHEN LANDWIRTSCHAFT. Um diese Transformation zu unterstützen, gibt es heute neben den Strukturen der Vertragslandwirtschaft und den verschiedenen Formen des Direktverkaufs auch partizipative Vertriebsstrukturen, die in diesem Sinne arbeiten. Offene Plattformen und Software, wie sie das Open Food Network anbietet, gehören in die gleiche Richtung. Der Bau des Öko-Viertels Les Vergers in Meyrin im Kanton Genf war eine Gelegenheit, einen partizipativen Supermarkt¹ zu gründen und drei Verarbeitungswerkstätten, eine Bäckerei, eine Molkerei und eine Metzgerei einzurichten, die in Partnerschaft mit Bäuerinnen und Bauern arbeiten und das Viertel mit Lebensmitteln aus der bäuerlichen Landwirtschaft beliefern.

Um den Aufbau dieser Strukturen zu unterstützen, hat sich herausgestellt, dass es heute wichtig ist, über Einkaufsgemeinschaften² zu gehen, um mehr Konsumentinnen und Konsumenten einzubeziehen. Diese Einkaufsgemeinschaften organisieren heute an fünf verschiedenen Orten im Kanton Genf Verteilstellen. Die Genossenschaft der bäuerlichen Ateliers, Organisatorin dieser Verteilstellen, will im übrigen Partnerschaften mit anderen Körperschaften (Schul- und Betriebskantinen, sozialmedizinische Einrichtungen) rund um eine Palette von Produkten aus bäuerlicher Landwirtschaft entwickeln. •

1 <https://spp-vergers.ch/>

2 <http://cap-artisans.ch/groupements-dachat>

SCHLUSS MIT DER WTO! ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT UND BÄUERINNEN- UND BAUERNRECHTE JETZT!

Seit der Gründung der WTO im Jahr 1995 prangert La Via Campesina die neoliberale Politik und den Freihandel an, die die bäuerliche Landwirtschaft zerstören und die lokalen Ernährungssysteme weltweit destabilisieren. Unsere Mobilisierungen von Seattle (1999), Cancun (2003) bis Buenos Aires (2017) haben es möglich gemacht, die Freihandelsverhandlungen zu blockieren. Seit unserer grossen Mobilisierung in Hongkong 2005 ist die 2001 begonnene Doha-Entwicklungsagenda in der Schwebe. Die WTO wurde jedoch auf der Grundlage des Marrakesch-Abkommens von 1994 gegründet; sie zwingt die Länder nach wie vor, ihre Märkte für multinationale Unternehmen zu öffnen, und verhindert die Umsetzung ambitionierter staatlicher Massnahmen zur Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft. Darüber hinaus haben sich die bilateralen oder multilateralen Freihandelsabkommen vervielfacht. Sie zwingen die Länder dazu, dem Export Vorrang einzuräumen, was zur Konsequenz hat, dass diese Regionen immer mehr vom Import abhängig werden. Sie verstärken damit die Aneignung von Ressourcen durch multinationale Unternehmen. Sie tragen zur Verschärfung der Klimakrise bei, indem sie den Anbau von Monokulturen, die Abholzung von Wäldern, die Übernutzung von Böden und Wasser und den Rückgang unserer Artenvielfalt beschleunigen.

Der UN-Menschenrechtsrat wird ebenfalls Ende Juni in Genf tagen. Ein wichtiger Moment also, um Alternativen aufzuzeigen, die auf den Rechten der Bauern und Bäuerinnen (UNDROP) beruhen müssen. •

SAVE THE DATE!

Demonstration, Samstag, 11. Juni 2022, 14 Uhr, Genf, Place Lise-Girardin (direkt beim Bahnhof)



« MUTTERKUH SCHWEIZ
MACHT EINE GUTE ARBEIT,
UM UNSERE PRODUKTE ZU VERMARKTEN,
UND DIE REGULIERUNG AN DER GRENZE
SCHEINT MIR EFFIZIENT, WIR SIND GUT
GESCHÜTZT. ABER DAS HAT
EINEN NICHT UNERHEBLICHEN PREIS,
FAST 100 FR. PRO GESCHLACHTETES TIER,
UND VON ALL DIESEM MARKETING
PROFITIERT AUCH DER GROSSVERTEILER
SEHR STARK,
OBWOHL WIR ES FINANZIEREN. »

Mutterkuhhalter, Neuchâtel

« ICH BIN EIN BEFÜRWORTER
EINER STAATLICHEN REGULIERUNG
DER MÄRKTE.
IMPORTE SOLLTEN NUR DEM BEDARF
AN MENGEN ENTSPRECHEN
UND NICHT DER NACHFRAGE
DES HANDELS. »

Wanderschäfer, Jura

Neue Publikation: Agrarökologie für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern gemäss ECVC

Die Europäische Koordination Via Campesina (ECVC) hat eine neue Publikation über ihre Vision der bäuerlichen Agrarökologie veröffentlicht, die Lösungen für die grossen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Herausforderungen unserer Zeit bieten kann. Die Publikation ist in sieben Sprachen erhältlich: Holländisch, Englisch, Französisch, Deutsch, Italienisch, Rumänisch und Spanisch.

Download: <https://uniterre.ch/de/themen/neue-publikation-agrarokologie-fur-kleinbauerinnen-und-klein>

CONVOCAATION

Assemblée Uiterre section Fribourg

Le mercredi 22 juin 2022 à 20h15

À l'Auberge du Guillaume Tell
1690 Villaz-St-Pierre (FR)

Ordre du jour

1. Mot de bienvenue
2. PV dernière assemblée
3. Comptes 2019-2020-2021
4. Rapport commission financière, approbation
5. Rapport Président
6. Avenir de la section fribourgeoise
7. Divers

Le comité Uiterre Fribourg

Sitzungen des Vorstands

Der Vorstand trifft sich alle 4 bis 8 Wochen. Die anstehenden Sitzungen für 2022 wurden wie folgt geplant:

24. Februar, 24. März, 12. Mai, 7. Juli, 15. September,
3. November, 16. Dezember.

Die Treffen finden in der Regel in Biel von 10.00 bis 13.00 Uhr in einem Raum in der Nähe des Bahnhofs statt. Jedes Mitglied kann, wenn es möchte, an einer Sitzung teilnehmen, hat jedoch kein Stimmrecht.

Bei Interesse melden Sie sich bitte bei
Maurus Gerber, Präsident.

AGENDA

March against Bayer and Syngenta
Basel, Samstag, 21. Mai 2022, 14-17 Uhr.
<https://www.marchagainstsyntax.ch>

Demonstration Schluss mit der WTO!
Samstag, 11. Juni 2022, 14 Uhr, Genf,
Place Lise-Girardin (direkt beim Bahnhof)

WEITERE ANLÄSSE SIEHE AUCH AGENDA:

www.uniterre.ch/agenda

KONTAKTE SEKTIONEN

Zürich David Jacobson 076 562 03 26

BS/BL Florian Buchwalder 079 470 70 48

Bern Daniel Flühmann 078 845 48 99

Jura/JBerne Jura Christine Gerber 032 484 02 41

Aargau Georg Dällenbach 078 645 15 59

Luzern Markus Müller 079 216 40 30

Tessin Noëmi Lerch 079 339 82 07

Graubünden Kesang Schneider 076 522 71 06

Deutschschweiz Mathias Stalder 079 409 72 06

Maurus Gerber, Präsident:
maurus.gerber@bluewin.ch
Vi 292, 7550 Scuol GR
Tel. 081 864 70 22

Philippe Reichenbach, Vize-Präsident:
boisdarbre1971@gmail.com
Tel. 079 640 89 63

Bureau Uiterre
info@uniterre.ch
Tel. 021 601 74 67



GREIFT ZUR FEDER!

Wollt ihr einen Beitrag zu einem Thema, das
in der Zeitung behandelt wurde, schreiben?

Habt ihr andere Themen,
die euch unter den Nägeln brennen?

Schreibt uns an:

info@uniterre.ch > Betreff: Zeitung

UNSER SPENDENKONTO

Banque Raiffeisen Broye Vully Lacs
1564 Domdidier

CCP de la Raiffeisen 17-1378-2

IBAN: CH23 8080 8002 5119 3914 1

UNITERRE - av. du Grammont 9 - 1007 Lausanne

UNITERRE ist von den Steuerbehörden Waadt als
gemeinnützig anerkannt. Sie können Ihre Spenden an
UNITERRE von Ihren Steuern abziehen.
MERCII!

IMPRESSUM

Sekretariat/ Werbung

Uiterre, av. du Grammont 9, 1007 Lausanne,
021 601 74 67 www.uniterre.ch info@uniterre.ch

Redaktion

Ulrike Minkner, u.minkner@uniterre.ch
Michelle Zufferey, m.zufferey@uniterre.ch

Herausgeber, Verwaltung Mitgliederdatei

Claude Mudry, 079 365 76 10, c.mudry@uniterre.ch

Übersetzung

Büro Uiterre

Fotos

Eric Roset 1,2,4,8
Archiv Kurt Graf 7

Bildbearbeitung

Markus Schönholzer

Druck

Imprimerie du Journal de Sainte-Croix et Environs
1450 Sainte-Croix, 024 454 11 26
Imprimé sur papier certifié FSC-Mix.